

Diese wenigen Jahre waren hinreichend gewesen, um das Volk zu einem hohen Grade der Liebe zum Vaterlande und zum Könige heranzureifen, und der König sah ein, daß ein so edles Volk auch werth der Freiheit sei.

Wie früher in den Städten die Magistrate nach Willkür die städtischen Angelegenheiten ordnen durften, so hatte der König das Recht, Gesetze zu geben und aufzuheben, d. h. das Land nach Willkür zu regieren. Wohl unserm Vaterlande, daß unsere Könige das Beste des Landes gewollt haben. Aber der edelste König vermag nicht in alle Faltten des großen Vaterlandes zu schauen, und beim besten Willen für das allgemeine Wohl zu sorgen, wird er in Irrthümer verfallen, denn irren ist menschlich, und der edelste König ist doch vom Weibe geboren. Sind die Minister des Königs (seine Rathgeber) treue, vaterländisch gesinnte Männer, die die Leiden des Volks kennen, und die Kühnheit haben, sie dem Könige ohne Hehl mitzutheilen, so wird eine solche Regierung segensreich sein, wie in den Jahren 1807 — 15. Aber sehr viel öfter sind die Rathgeber der unbefchränkten Könige Schmeichler und sagen dem Monarchen nur das, was er gerne hören mag; deshalb muß ein König, wenn er die Stimme des Landes hören will, sich an Männer wenden, welche durch das Vertrauen des Volks zu solchem wichtigen Rath gewählt und berufen werden. Sind diese Männer aus dem Volke ohne Unterschied des Standes gewählt, so heißen sie Volksrepräsentanten (d. h. Vertreter des Volks) oder Landesrepräsentanten. Wenn aber ein jeder Stand für sich und aus sich wählt, so vertreten die Gewählten nur ihren Stand und nicht das Volk, und heißen dann Stände oder Landstände.

Der hochselige König Friedrich Wilhelm III. war es, der aus Liebe und Dank seinem Volke das bekannte Gesetz vom 22. Mai 1815 über die zu bildende Volksrepräsentation gab, welche aus den Provinzialständen gewählt werden sollte. Dasselbe Gesetz sagt im

§. 5. Es ist ohne Zeitverlust eine Commission in Berlin niederzusetzen, die aus einsichtsvollen Staatsbeamten und Eingekerkerten der Provinzen bestehen soll.

§. 6. Diese Commission soll sich beschäftigen

- a) mit der Organisation der Provinzialstände;
- b) mit der Organisation der Landesrepräsentanten;
- c) mit der Ausarbeitung einer Verfassungs-Urkunde.

Aber Männer, welche dem Aufschwunge der Zeit und der Freiheit entgegen strebten, streuten den Saamen des Mißtrauens zwischen den guten König und sein treues Volk; sie benutzten grüßlich einzelne Ausbrüche der Ungeduld, vornemlich un-

ter der deutschen Jugend, und machten dem Könige hange vor den Gefahren, in die er die Krone und sein Volk stürzen würde. Die Folge davon war, daß endlich nach acht langen Jahren (— und doch hieß es im oben angeführten Gesetz: „ohne Zeitverlust“ —) das Gesetz vom 5. Juni 1823 erschien. Es brachte aber nur Errichtung der Provinzialstände, — Reichsstände, die das gesammte Preußenland vertreten sollten, wurden als bevorstehend verkündet, sind aber erst 24 Jahre später (im vorigen Jahre) einberufen worden.

Preußens Siegeswort „Vorwärts!“ verhallte mit dem Gesetz vom 22. Mai 1815; ein unglückseliges Mißtrauen führte von hier ab rückwärts bis zum Regierungsantritt Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV.

Das Volk hat nur zwei Wege, seine Leiden und Wünsche zum Ohr des Königs gelangen zu lassen, entweder durch die Landstände oder durch die Presse.*) Wir wollen uns bemühen, unparteiisch diese beiden Wege zu besprechen.

Die Landstände, sind zusammengesetzt aus den Deputirten der drei Stände, Ritterschaft, Städte und Landgemeinden. Jeder Stand wählt seine Deputirten aus seiner Mitte, und zwar solche Männer, von denen vorausgesetzt wird, daß sie die Interessen ihres Standes im Auge behalten werden. Nun wißt Ihr, daß z. B. von den 49 Mitgliedern des pommerschen Provinzial-Landtages 25 dem Stande der Ritterschaft, 16 dem der Städte und 8 dem der Landgemeinden angehören. Also etwa $\frac{1}{2}$ derselben vertreten die überwiegend große Zahl der bauerlichen Grundbesitzer; noch einmal so viel vertreten den Handel, Industrie und Gewerbe so vieler größern und kleinern Städte, wogegen die Besitzer von Rittergütern (welche doch den kleinsten Theil der Bevölkerung der Provinz ausmachen) durch die Hälfte aller Abgeordneten vertreten werden.

Kommen nun Fälle vor, wo die Interessen eines Standes denen des andern entgegen sind, und es wird abgestimmt, so ist der Stand, welcher die meisten Vertreter zählt, immer im Vortheil. Gott sei Dank giebt es in allen Ständen ehrenwerthe Männer, die sich nicht scheuen, zum allgemeinen Wohle kleinliche, ja sogar große Vortheile aufzugeben, und alle Stände in unserm Vaterlande vertragen sich sehr gut mit einander, aber können nicht doch Fälle vorkommen, in denen der Bauernstand Anträge gegen Vorrechte der Ritterschaft macht? Welcher Stand ist dann im Vortheil bei solcher Vertretung auf den Landtagen?

Erinnert Euch außerdem, daß $\frac{1}{3}$ der Stimmen des ganzen Landtages sich für eine Petition ausgesprochen haben muß, um an den König gelangen zu können. Wenn also Städte und

*) Korporationen u. s. w. können dies auch durch Deputationen erreichen; Deputationen des Volks würden eben die gewünschten Volksrepräsentanten sein.